

einem polnischen Bürgermeister und einem Stadtrat, städtischen Einrichtungen und Betrieben. Gleichzeitig wurde „ihr Städtchen“ durch die britische Militärverwaltung und die UNRRA als DP-Lager behandelt, das in vielerlei Hinsicht von der Außenwelt abgeschnitten war. Vor allem durften die Einwohner sich nicht an dem Wirtschaftsleben der deutschen Umgebung beteiligen, was auf Dauer zu Frustrationen und sozialen Pathologien führte. Beide Gesellschaften lebten voneinander abgewandt; Begegnungen, Akte des Mitgefühls und Entgegenkommens waren sporadisch und beschränkten sich auf seltene private Beziehungen. Gefühle der Abneigung und Feindschaft hielten sich über mehrere Jahrzehnte hinweg. Erst in den 1970er Jahren erschienen die ersten wissenschaftlichen Beiträge zur Nachkriegsgeschichte der Stadt. Im Prinzip entstand aber erst im 21. Jh. ein geistiges Klima, das die Gründung des Dokumentationszentrums Haren/Maczków und die Veröffentlichung des zu besprechenden, sehr wertvollen Bandes ermöglichte.

Wenn auch die Idee der Zweisprachigkeit logisch, in gewisser Weise großzügig und sehr lobenswert ist, lässt die Qualität der Übersetzung ins Polnische einiges zu wünschen übrig. Das überrascht doch ziemlich an diesem ansonsten so sorgfältig edierten Band. So wird z. B. „einheimische Bevölkerung“ mit „ludność etniczna“ (wörtlich: ethnische Bevölkerung) übersetzt (S. 11), auch die Übersetzung von „Moorlandschaft“ und „Moorkultivierung“ mit „wrzosowisk“ (wörtlich: eine Fläche, wo Heidekrautgewächse gedeihen) und „uprawa wrzosowisk“ ist irreführend (S. 12). Die automatische Übersetzung des im Buch recht häufig auftretenden Begriffs „Military Government“ mit „Militärregierung“ bzw. „rząd wojskowy“ ist falsch (S. 25 und passim). Im Polnischen bedeutet „rząd“ eigentlich ausschließlich die zentrale Regierung eines Landes. Richtig wäre es gewesen, von dem „zarząd wojskowy“ oder der „administracja wojskowa“ zu sprechen, weil „rząd wojskowy“ im zeitgenössischen Polnisch so viel wie „Junta“ oder „Militärdiktatur“ bedeutet. Zwar werden viele (etwa 100) polnische Schützenvereine als „bractwa kurkowe“ (wörtlich: Hahn-Bruderschaften) bezeichnet, man darf aber den polnischen Begriff nicht auf die mehr als 10.000 deutschen Schützenvereine übertragen (S. 150). Und eine letzte Stilblüte: Der „St. Nikolaus Schiffer-Verein“ wird als „Stowarzyszenie św. Nikolausa Schiffera“ (wörtlich: Verein des Heiligen Nikolaus Schiffer) übersetzt (S. 151). Doch die Vf. und Hrsg. des Buches mögen beruhigt sein. Die polnische Übersetzung des deutschen Textes ist insgesamt verständlich und nützlich und wird durch die polnischen Besucher des Dokumentationszentrums dankbar angenommen.

Kraków

Jan Rydel

Polen und die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Eine Dokumentenauswahl. Hrsg. von Jerzy Kochanowski und Klaus Ziemer. (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 46.) fibre. Osnabrück 2023. 832 S. ISBN 978-3-944870-83-0. (€ 78,-)

Die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) standen aufgrund des aufwändigen Quellenzugangs selten im Fokus systematischer Forschungen. Deshalb ist es umso bedeutsamer, dass jetzt 294 Dokumente aus polnischen Archiven erstmals in deutscher Sprache vorliegen. Die Edition deckt den Zeitraum vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gründung der DDR ab.

Die Hrsg. Jerzy Kochanowski und Klaus Ziemer haben Dokumente ausgewählt, die thematisch die Gesamtheit der Beziehungen abbilden. Sie setzen inhaltliche Schwerpunkte beim neuen Grenzverlauf an Oder und Neiße, bei wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Fragen, der Situation polnischer Bürger in Deutschland, der Rückführung kriegsgefangener Wehrmachtssoldaten, der polnischen Politik gegenüber den Sorben in der Lausitz und nicht zuletzt der Organisation der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den nun zu Polen gehörenden Ostgebieten.

Viele polnische Entscheidungsträger verfolgten misstrauisch die Entwicklung in der SBZ. Nach dem Zweiten Weltkrieg und den deutschen Massenverbrechen war der Blick

auf Deutschland überwiegend negativ. Von besonderer, brückenbauender Bedeutung für die Meinungsbildung in Warschau waren die Berichte der Polnischen Militärmission in Berlin: Deren Mitarbeiter versuchten, sowohl in Polen als auch in der SBZ jahrhundertalte Stereotype zwischen den verfeindeten Völkern zu überwinden. Dazu knüpften sie Kontakte in die Führungsgremien der Parteien. Vor allem der kulturelle Austausch sollte eine Annäherung herbeiführen.

Wie schwierig diese Aufgabe war, zeigt sich darin, dass selbst das kommunistische Lager von tiefen Gräben durchzogen war: Bei einem Treffen ehemaliger politischer Häftlinge am 27. Dezember 1945 in Warschau war eine deutsche Beteiligung gar nicht gewünscht. Mehr als zwei Jahre später erst entsandte Polen eine Beobachterdelegation zu einem Kongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) nach Weimar. Wie tief die Wunden immer noch waren, machte ein polnischer Delegierter deutlich, als er „betonte, dass die Polen sich allzu gut an die deutschen Kapos erinnern würden, die ein Werkzeug in den Händen der SS-Leute gewesen seien, und dass – falls der deutsche Verband es geschafft habe, sich von diesen Elementen zu reinigen – die polnischen Gefangenen mit den demokratischen Elementen den gemeinsamen Kampf um den Frieden führen würden, so wie sie in den Lagern mit diesen deutschen Demokraten zusammen gegen den Hitlerismus gekämpft hätten“ (S. 524).

In den Dokumenten wird die zentrale Rolle deutlich, die die Sowjetische Militäradministration (SMAD) in den Beziehungen zwischen Polen und der SBZ einnahm. K. arbeitet in einem Überblicksbeitrag ein „Dreieck von Abhängigkeiten“ zwischen polnischen und deutschen Dienststellen sowie der SMAD heraus (S. 26), das sich insbesondere bei ökonomischen Fragen zeigte. Hier traf die SMAD auch Entscheidungen, die polnische Belange betrafen. Polen versuchte zum einen, aus der SBZ möglichst viele während des Krieges durch das Deutsche Reich geraubte Maschinen und Ausrüstungen zurückzuführen. Zum anderen forderte die polnische Seite Reparationen für die durch Deutschland angerichteten Verwüstungen. Diese polnischen Forderungen zur Wiedergutmachung beeinträchtigten die wirtschaftliche Entwicklung der SBZ. Erst 1948 nahmen direkte Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Einrichtungen insbesondere zu Wirtschaftsfragen zu. Das Kompetenzgerangel der verschiedenen sowjetischen Apparate eröffnete Handlungsspielräume, die Polen und die SBZ etwa bei der Ausgestaltung von Handelskontakten nutzten.

In Polen herrschten lange Zeit große Zweifel gegenüber der politischen Entwicklung in der SBZ. Am 26. März 1947 befasste sich die Sejm-Kommission für Auswärtige Angelegenheiten mit dem deutsch-polnischen Verhältnis. Ein Redner riet, „nicht auf Demokratisierung und Handel mit Deutschland zu zählen, um sich nicht zu verrechnen“ (S. 378). In einer weiteren Wortmeldung hieß es: „Wir können nur auf Rückhalt bei unseren Alliierten zählen“ (ebenda). Deshalb läge es auch im polnischen Interesse, dass der „Lebensstandard in Deutschland niedrig gehalten werden soll“ (S. 389). Fortschritte in den gegenseitigen Beziehungen seien nur möglich, wenn in der SBZ neben der Entnazifizierung ein „System der Umerziehung eingeführt“ werde (S. 382).

Einer der zentralen Streitpunkte der Parteien in der SBZ war die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Die Dokumente zeigen, wie intensiv in Polen die Debatten beobachtet wurden. „Die Frage der Westgebiete ist gegenwärtig das zentrale Problem des politischen Lebens Deutschlands“, hieß es in einem Bericht des Ministeriums für öffentliche Sicherheit (S. 303). Auch innerhalb der SED-Führungsgremien war die Forderung nach Grenzkorrekturen – trotz sowjetischer Vorgaben, die dem entgegenstanden – weit verbreitet. Aus polnischer Sicht wurde die SED letztlich zu einem unsicheren Partner. Es war Walter Ulbricht, der die von der SMAD vorgegebene Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gegen innerparteiliche Widerstände durchsetzte und die Kontakte zwischen der SBZ und Polen vertiefte. Wie die Quellen ebenfalls zeigen, forderte die polnische Seite ihrerseits, den Grenzverlauf zu korrigieren – in Richtung Westen. Das betraf beispielsweise Gebietsansprüche, die Polen mit Blick auf die Insel Rügen, die Lausitz und an der Ostsee erhob. Erst 1948, mit der Verfestigung des Kalten Krieges, brach diese Diskussion ab.

Mit der Verfestigung der Teilung Europas im beginnenden Kalten Krieg erhielt die polnische Presse am 10. Dezember 1947 die Anweisung, die „Erfolge“ der SED in der SBZ und die gemeinsame Entwicklung hin zu einer sozialistischen Gesellschaft positiver darzustellen. Doch nach den Wahlen zum Dritten Volkskongress vom 15./16. Mai 1949 bestanden in Polen wenig Illusionen über den geringen Rückhalt der SED in der Bevölkerung: Das von der SED dominierte Parteiensystem sei „mehr oder weniger eine Fiktion“ (S. 688). Wenige Wochen später resümierte die Polnische Militärmission ernüchtert über die Gründung der DDR, dass während der „konstituierenden Sitzung der Volkskammer keine Stimmung auf[kam]. Es ist keine Revolution zu spüren“ (S. 706). Am 18. Oktober 1949 erkannte Polen die DDR als Staat an. Beide Länder nahmen Ende Februar 1950 diplomatische Beziehungen auf.

Diese Quellensammlung ist ein Glücksfall für die zeithistorische Forschung. Die sorgfältig editierten Dokumente werden in einer lesenswerten Einleitung in den zeithistorischen Kontext und den Forschungsstand eingeordnet. Kurzbiogramme, ein Personenregister sowie ein geografisches Register erleichtern die Nutzung. Die Edition eröffnet neue und anregende Perspektiven für Untersuchungen der politischen, ökonomischen und kulturellen Verflechtungen zwischen Polen und der SBZ und die sich daraus ergebenden Folgewirkungen für die Durchsetzung kommunistischer Diktaturen östlich und westlich der neuen Grenze an Oder und Neiße.

Berlin

Stefan Donth

Von der Volksrepublik zum Volksaufstand in Ungarn 1949–1957. Quellenedition zur Krisengeschichte einer kommunistischen Diktatur aus Sicht der Ballhausplatz-Diplomatie. Hrsg. von Michael Gehler und Ibolya Murber. (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Bd. 62.) StudienVerlag. Innsbruck u. a. 2023. 930 S. ISBN 978-3-7065-6273-7. (€ 49,20.)

Das Verhältnis zwischen den Nachbarstaaten Österreich und Ungarn ist seit Jahrzehnten Gegenstand intensiver Forschungen, die sich mit dem Verhältnis der beiden Landesteile in der Habsburgermonarchie, den Beziehungen in der Zwischenkriegszeit oder mit den gegensätzlichen Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg befassen. Letztere nimmt die vorliegende Quellenedition anhand von 340 ausgewählten Dokumenten nun genauer in den Blick.

Die Dokumente stammen aus österreichischer Provenienz und spiegeln die zeitgenössische Sichtweise der österreichischen Diplomatie auf die Ereignisse in Ungarn ab dem Zeitpunkt der Etablierung des kommunistischen Regimes 1949 bis zur Niederschlagung der ungarischen Revolution und dem einsetzenden „Normalisierungsprozess“ 1957 wider. Acht weitere Dokumente, die in der Edition als „Ausblicksdokumente“ bezeichnet werden, verdeutlichen zudem die weitere Entwicklung zum repressiven System unter János Kádár. Die Edition endet mit dem jugoslawischen Protest gegen die Hinrichtung von Imre Nagy aus dem Juli 1958. Ein gewichtiger Fokus der Dokumente liegt auf den österreichischen Reaktionen und Sichtweisen auf die ungarische Revolution und die daraus resultierende Fluchtbewegung nach Österreich 1956. Aber auch die Verbesserung der nachbarschaftlichen Verhältnisse seit Stalins Tod 1953 wird in der Edition anhand von Quellen beleuchtet.

Die abgedruckten Quellen entstanden in erster Linie am Ballhausplatz in Wien, dem Sitz des österreichischen Außenministeriums, und der österreichischen Vertretung in Budapest. Hinzu kommen Dokumente von österreichischen Auslandsvertretungen in Belgrad, Bern, Brüssel, Bonn, Buenos Aires, Bukarest, Helsinki, Karatschi, London, Lissabon, Moskau, New York, Oslo, Paris, Prag, Rom, Straßburg, Stockholm, Warschau, Washington und Zürich. Diese Dokumente nuancieren zentrale Aspekte der österreichisch-ungarischen Geschichte und unterstreichen damit die internationale Dimension der Ereignisse.